



Bundesarbeits- gemeinschaft Soziales, Arbeitsmarkt & Gesundheit

Bundesarbeitsgemeinschaft Soziales, Arbeitsmarkt & Gesundheit

Sprecherinnen:

Bärbl Mielich

Rathausgasse 6
79292 Pfaffenweiler
☎: 07664-60419
☎: 07664-600317
✉: b.mielich@t-online.de

Willi Kulke

Niederbrodhagen 26
33613 Bielefeld
☎: 0521-130979
☎: 0172-2362478
✉: wkulke@web.de

Harald Wölter

Dahlweg 64
48153 Münster
☎: 0251-778225
☎: 0179-5182671
☎: 0211/884-2878 (d)
✉: harald.woelter@landtag-nrw.de
✉: harald.woelter@t-online.de

Jahresbericht 2005

Auch im Jahr 2005 fanden wie in den letzten Jahren drei BAG-Sitzungen statt: am 17.-18. April in Berlin, am 10.-11. Juni in Hannover und am 5. November wiederum in Berlin. Die Bundestagsfraktion war entsprechend der Themen durch die zuständigen Abgeordneten und MitarbeiterInnen vertreten. Der Bundesvorstand nahm ebenso an Beratungen der BAG teil.

Im abgelaufenen Jahr lagen die Schwerpunkte der Arbeit insbesondere in den Themen Arbeitsmarkt und Hartz IV, Pflegeversicherung, Präventionsgesetz und BürgerInversicherung. Darüber hinaus hat sich die BAG an der Programmdebatte intensiv beteiligt.

Die BAG-Sitzungen des Jahres 2005 im Einzelnen:

1) Sitzung 17-18. April 2005

Auf der 1. Sitzung in 2005 wurden mehrere Schwerpunktthemen behandelt. Ein Schwerpunkt bildete die **Pflegeversicherung**. Petra Selg referierte zum aktuellen Stand der Debatte über die Novellierung des SGB XI. Die anhaltend hohe Erwerbslosigkeit, die arbeitsmarktpolitischen Initiativen der Bundesregierung, die vor allem in den Bereichen der „Mini-Jobs“, der „Ein-Zwei Euro-Jobs“ und der Ich AG en Arbeitsplätze schaffen, führen aktuell zu einem steigenden Defizit in der Pflegeversicherungskasse. Die Kritik der Grünen in

BAG und BT-Fraktion richtet sich zudem auf die qualitative Ausgestaltung der Pflegeversicherung.

Kernpunkt ist die Umwandlung der Pflegeversicherung in das Konzept der BürgerInnenversicherung. Für die nächste Sitzung sollte ein Positionspapier vorbereitet werden.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete das Thema **Armuts- und Reichtumsbericht**. Hierzu haben wir u.a. mit Rudolf Martens, Referent des DPWV und Markus Kurth eingeladen. Die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst: Der 2. Armutsbericht der Bundesregierung zeigt deutlich, dass die Anzahl der Menschen, die unter dem soziokulturellen Existenzminimum leben, wächst. Die Maßnahmen der Bundesregierung, besonders die große Steuerreform, haben zwar den Eingangssteuersatz gesenkt und das steuerfreie Existenzminimum erhöht im Ergebnis allerdings vor allem die höheren Einkommen entlastet. Der DPWV sieht als eine Lösung zur Bekämpfung der wachsenden Armut in einer existenzsichernden Beschäftigung, deren Ausgestaltung und Finanzierung im Detail diskutiert werden muss. Zusätzlicher Finanzbedarf soll u.a. mit Mehreinnahmen durch eine verstärkte Bekämpfung von Steuerhinterziehung gedeckt werden. Das Grüne Modell der bedarfsorientierten Grundsicherung soll aktuell diskutiert werden. Schließlich wurde vereinbart im Herbst eine erneute Sitzung mit dem Schwerpunkt: Grundsicherung – Ausgestaltung nach den neuen Gesetzen zur SGB II Reform durchzuführen

In einem weiteren Beitrag wurde von Markus Kurth ein erster Erfahrungsbericht zu Hartz IV abgegeben. In der Berichterstattung werden zahlreiche Details in der Umsetzung der SGBII Reform beleuchtet. Markus gibt Informationen weiter, die aufgrund unzureichender Kommunikationsstrukturen und von Fehlentscheidungen zu großen Verunsicherungen bei der Umsetzung vor Ort geführt haben. In den Berichten aus den Ländern und Kommunen wird in der anschließenden Debatte deutlich, dass unbedingt Nachbesserungen bei der Umsetzung der Reform angegangen werden müssen.

Grundsätzlich wird in der Debatte festgestellt, dass die SGB II Reform keine wirksame Antwort auf die anhaltend hohe Erwerbslosigkeit ist, die Einzelmaßnahmen zudem dazu führen, dass letztlich immer weniger sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angeboten wird. Die Folge ist eine immer schlechter finanzierte Sozialversicherung. Letztlich muss es darum gehen, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anzubieten, die existenzsichernd ist. In den nächsten Sitzungen sollen ausführlich Maßnahmen zur Nachbesserung diskutiert werden. Die BAG sieht Handlungsbedarf für eine Debatte über die Reform und die Zukunft der Arbeitsgesellschaft.

Als drittes Thema wurde auf dieser Sitzung über den Aktuellen Stand zu den Beratungen zum **Präventionsgesetz** berichtet.

Wahlen der 3 SprecherInnen

Im Rahmen dieser BAG-Sitzung wurden Willi Kulke, Bärbl Mielich und Harald Wölter einstimmig für weitere 2 Jahre als BAG-SprecherInnen gewählt.

2) Sitzung 10.-11. Juni 2005

Änderungsanträge für das Bundestagswahlprogramm

Im Rahmen der 2. Sitzung in 2005 wurde intensiv über die bevorstehende Programmerstellung für die vorgezogene Bundestagswahl beraten. Die BAG hat dabei eine Vielzahl von Änderungsanträgen für den Programmentwurf beraten. Zudem waren die BAG Sprecher / Sprecherin durch Verhandlungen auf der BDK an der Erstellung des Wahlprogramms beteiligt. Eine Reihe von Änderungsanträgen für das Wahlprogramm wurde auf der BDK im Juli weitgehend oder in modifizierter Form übernommen.

Stellungnahme zur Entwicklung der Pflegeversicherung

Ein weiterer Schwerpunkt bildete das Thema **Weiterentwicklung der Pflegeversicherung**. Der demographische und soziale Wandel stellt die Gesellschaft in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen. Die Zahl der älteren und pflegebedürftigen Menschen wird in den nächsten Jahren deutlich ansteigen. Dabei wird der Anteil der Menschen, die im Alter alleine und ohne Angehörige leben werden, weiter zunehmen. Die Sicherung einer menschenwürdigen und ganzheitlichen Pflege bleibt deshalb ein wichtiges Zukunftsthema.

Eine zentrale Aufgabe zukünftiger Pflegepolitik muss es nach Ansicht der BAG sein, durch entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen eine Ausdifferenzierung der Pflegearrangements zu ermöglichen und einen geeigneten Pflege- und Hilfemix aufzubauen und zu sichern. Zudem gilt es die Finanzierung der Pflege für die Zukunft nachhaltig zu sichern.

Die Pflegeversicherung ist unterfinanziert und defizitär. Gründe dafür liegen u.a. in einer erhöhten Inanspruchnahme durch eine gestiegene Anzahl von Leistungsberechtigten. Daneben sind Strukturprobleme bislang ungelöst. Zudem ist die Planung der Versorgungsstrukturen bislang überwiegend auf die traditionellen Formen ausgerichtet. Die BAG sieht in der Weiterentwicklung eines flächendeckenden, individuell ausgerichteten Wohn- und Pflegeangebot, das die Selbstbestimmung und eigene Häuslichkeit der pflegebedürftigen Menschen sichert, eine wichtige Zukunftsaufgabe. Die BAG formulierte auf Grundlage des Entwurfes zur Pflegeversicherung von Harald Wölter und Uwe Clasen einige Eckpunkte für ein Positionspapier. Hierzu gehören u.a. folgende Aspekte:

- Entwicklung neuer integrierter Wohn- und Versorgungsformen und eines Pflege- und Hilfemixes
- Unterstützung pflegender Angehöriger
- Entwicklung von Beteiligungsformen
- stärkere Orientierung auf spezielle Zielgruppen sowie entsprechende Veränderungen der Versorgungsstrukturen
- Ausweitung der Leistungen der Pflegeversicherung u.a. durch eine Dynamisierung der Leistungen, v.a. im ambulanten Bereich, Erweiterung Pflegebegriffs (u.a. Berücksichtigung Demenz), Stärkung der Beratung und der komplementäre Hilfen,
- Verbesserung der Finanzierung und Überwindung von Schnittstellenproblemen mit anderen Leistungsbereichen
- Entbürokratisierung und Schaffung von Transparenz bei der Finanzierung und den Leistungen
- Novellierung des Heimgesetzes und weitere Eckpunkte

Uwe und Harald wurden beauftragt, hierauf aufbauend ein BAG-Positionspapier zur Pflege zu erstellen. In den Sommerferien wurde darauf hin versucht ein gemeinsames Papier von BAG und Bundestagfraktion zu diesem Thema zu erstellen. Es wurde schließlich ein Entwurf

für ein gemeinsames Papier erarbeitet, der allerdings aufgrund der Ferienzeit und den bevorstehenden Wahlen nicht mehr verbindlich abgestimmt werden konnten.

3) Sitzung: 05. November 2005

Schwerpunkt der 3. Sitzung war die Debatte über die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik – und eine Einschätzung der aktuellen Lage. Hierzu gehört die Formulierung einer **Grünen Arbeitsmarktpolitik in der Opposition**. Ein Aspekt dabei liegt in der Entwicklung eines eigenen Entwurfs zur Schaffung eines sozial versicherungspflichtigen Beschäftigungssektors mit dem Ziel, langfristige Beschäftigung zu ermöglichen. Das kann durch die Bündelung aller Transferleistungen durch ALG II plus Arbeitsgelegenheiten (1Euro-Jobs) finanziert werden, mit dem wesentlichen Unterschied, dass die Befristung aufgehoben wird und der Zwang zur Annahmen dieser Beschäftigung entfällt. ALGII in seiner jetzigen Form ist eine Armutspolitik, die wir als BAG kritisieren und unbedingt weiterentwickeln wollen im Sinne der Umsetzung des Wahlprogramms, das eine deutliche Steigerung des Leistungsniveaus vorsieht.

Herbert Düll, Referent im BMW führte mit einem Impulsreferats in das Thema **Kombilohn** ein. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass einfache Arbeitsplätze zunehmend durch internationalen Wettbewerb und durch Abwanderung wegfallen. Lohnnebenkosten seien im internationalen Verhältnis zu hoch, darum wird vor allem im Niedriglohnsektor die Forderung nach Absenkung der Lohnnebenkosten gestellt. In Deutschland sei zudem die Beschäftigungsdynamik zu gering und die Möglichkeiten, den Niedriglohnsektor zu verlassen bei uns am wenigsten gegeben. Vorgeschlagen wird eine Beschäftigungsförderung im Niedriglohnsektor

In der Debatte wurde darauf hingewiesen, dass Kombilohn bereits seit vielen Jahren immer wieder diskutiert wird und es Möglichkeiten von Lohnzuschüssen durch Steuergelder bereits jetzt gibt (Einstiegsgehalt). Kombilohnmodelle müssen an Vergabekriterien gebunden sein: Ähnlich wie Arbeitsgelegenheiten im gemeinnützigen Sektor, da sonst der Mitnahmeeffekt sehr hoch sein kann. Subvention der Privatwirtschaft auf diesem Weg soll verhindert werden. Möglichkeit durch das Instrument „Kombilohn“ Langzeitarbeitslose zu qualifizieren. Die BAG bewertet insgesamt die Möglichkeiten, den Kombilohn im Niedriglohnbereich ein zu führen vor allem als Chance für Menschen, die langzeitarbeitslos sind. Es wird als Alternative zu den jetzigen Transferleistungen gesehen, wenn das Lohnniveau deutlich über dem jetzigen ALGII Satz plus Arbeitsgelegenheiten liegt.

Die BAG hat beschlossen, der BAG Wirtschaft und Finanzen vorzuschlagen, eine gemeinsame Veranstaltung zur Weiterentwicklung Grüner Arbeitsmarktpolitik durchzuführen.

Bericht aus dem Bundesvorstand

In einem weiteren Schwerpunkt berichtete Reinhard Bütikofer über die folgende inhaltliche Schwerpunkte, die für das Jahr 2006 seitens des Bundesvorstandes vorgesehen sind.

Der Bundesvorstand wird im nächsten Jahr themenzentriert arbeiten und

- die Situation junger MigrantInnen in der 2. Einwanderergeneration
- Demographischer Wandel: Übergang von der Erwerbsarbeit zur Rente
- Das grüne Modell einer Pflegeversicherung unter besonderer Berücksichtigung der Lebenssituation der Pflegebedürftigen
- Bürgerversicherung in Verbindung mit der Debatte um das grüne Sozialstaatsmodell
- Schaffung eines „3. Beschäftigungssektors“ (gemeinnützige Dienstleistungen u.a.)

- Bildungspolitik soll auf allen politischen Ebenen als Schlüsselthema behandelt.

Am 1./2.7. wird der Bundesvorstand in Berlin einen Zukunftskongress veranstalten. Die Bundesarbeitsgemeinschaften sind zur Mitwirkung herzlich eingeladen.

Schwerpunkte für 2006:

- Demographischer Wandel
- Grünes Modell zur Pflegeversicherung
- Gesundheitsreform und BürgerInversicherung
- Weiterentwicklung Grüner Arbeitsmarktpolitik
- Grüne Grundsicherung